

Kinder sind Zukunft

Ganz in diesem Sinne hat sich der Gemeinderat die Aufgabe gesetzt, in Tamm ein Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche zu schaffen, das eine durchgängige Betreuung ohne Brüche ermöglicht.

Hierfür besteht eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren zunehmend in unserer Gesellschaft durchgesetzt und ist nun auch in eher konservativen Gesellschaftskreisen weitgehend akzeptiert.

Verbesserte Betreuungsangebote für Kinder und damit auch deren berufstätige Eltern werden bei der Entscheidung für oder gegen einen Wohnort ein Kriterium, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wir alle wollen sicher, dass auch in Zukunft Tamm eine lebendige Gemeinde ist. Gerade weil in unserer Gesellschaft und damit auch in Tamm der Anteil älterer Menschen in den nächsten Jahrzehnten deutlich höher wird, müssen wir alles dafür tun, durch möglichst viele Kinder unserer Gemeinde eine Zukunftsperspektive zu geben. Bessere Betreuungsangebote sind deshalb nicht nur wichtig für die betroffenen Kinder und Eltern, sondern für die gesamte Gemeinde. Deshalb sollten wir auch bereit sein, für diese Angebote die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im Kindergarten Bismarckstraße und in der Villa Kunterbunt können ab dem kommenden Kindergartenjahr Kinder ab zwei Jahren betreut werden. Dies ist ein wichtiger Einstieg in die immer notwendiger werdende frühe Betreuung von Kindern. Eltern erhalten so die Möglichkeit, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Für ihre Kinder ist eine gute pädagogische Begleitung und Betreuung gewährleistet. Für viele Eltern und Alleinerziehende ist gerade dieses Gefühl und Vertrauen in eine gute Betreuung wichtig, um beruhigt ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wird allerdings in den kommenden Jahren folgen müssen. Auch für unter Zweijährige besteht ein Bedarf an Betreuung, der die pädagogischen Fachkräfte vor zusätzliche Aufgaben stellt. Um so mehr freut es uns, dass es hierzu bereits positive Signale von Seiten der Erzieherinnen gibt. Eine noch flexiblere Betreuung sowohl hinsichtlich der Alterstufe der Kinder als auch der Angebotszeiten (Ganztagesbetreuung) ist eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren für unsere Kommune; Tamm ist da auf einem guten Wege.

Für das Ziel einer durchgängigen Betreuung ohne Brüche ist die beschlossene Ausweitung der Kernzeitbetreuungszeiten ein ebenso wichtiger Schritt wie die Schaffung eines Hortes an der Schule. Auch das Thema Ganztageschule sollte unseres Erachtens verstärkt in den Schulen

diskutiert werden und gemeinsam mit allen Beteiligten Möglichkeiten einer Umsetzung in den kommenden Jahren ins Auge gefasst werden. Gerade für Schüler nach dem Grundschulalter bietet die Ganztageschule neben einem strukturierten Tagesablauf vielfältige Möglichkeiten der zusätzlichen Förderung und Unterstützung.

Ebenso ist eine gute Ferienbetreuung für berufstätige Mütter und Väter sehr wichtig, da die Anzahl der Urlaubstage begrenzt ist und oft nicht für die Ferienzeiten ausreicht. Auch hier wurde ein Beschluss zur Ausweitung der Ferienbetreuungstage gefasst. Die zusätzlich Ferienbetreuung wird allerdings zu relativ hohen Kosten angeboten. Die SPD stellte daher den Antrag die Kosten um 20 Euro pro Woche zu senken, also statt 70 Euro nur 50 Euro pro Woche zu verlangen. Im Vergleich beträgt die Kindergartengebühr 77 EUR pro Monat, während drei Wochen Ferienbetreuung 210 EUR kosten sollen, wenn hierbei auch ein Mittagessen enthalten ist. Wenn man bedenkt, dass es sich hier um max. 25 Kinder handelt, die jeweils 20 EUR weniger bezahlen, dann erhöht sich dadurch die jährliche Belastung der Gemeinde Tamm um 1.500 EUR. Für die Gemeinde Tamm ist dies angesichts der derzeit sehr günstigen finanziellen Situation eigentlich nicht der Rede wert, für die Eltern kann dies allerdings durchaus von Bedeutung sein. Leider fand unser Antrag im Gemeinderat keine Mehrheit.

Für Kindergarteneltern gibt es keine zusätzlichen Ferienbetreuungstage, daher sollten sich die Schließungstage in den Kindergärten in Grenzen halten. Wir halten es für dringend notwendig, eine einheitliche Regelung von Schließtagen vorzunehmen, um den Eltern eine verlässliche Planung zu ermöglichen. Vorgesehen ist, dass maximal 25 Schließtage im Jahr möglich sein sollen. In diesen Schließungstagen sollten u.E. aber auf jeden Fall Fortbildungsmaßnahmen, pädagogische Tage, Betriebsausflug usw. enthalten sein. Generell sollte versucht werden, die Anzahl der Schließtage so gering wie möglich zu halten. Zudem sollten diese Tage möglichst bereits zu Beginn des Kindergartenjahres festgelegt werden, um den Eltern Planungssicherheit zu geben. Die Möglichkeit einer Notbetreuung sollte nochmals erörtert werden.

Mit dem Ausbau der Betreuungsangebote sind wir also auf einem guten Weg. Bezüglich der Gebühren sind wir vom Optimalen allerdings noch weit entfernt. So gibt es in Tamm derzeit zwei unterschiedliche Gebührensysteme: Für die Kindergärten und die Kernzeitbetreuung kinderzahlbezogene Gebühren, für die Ganztagesbetreuung und den Hort an der Schule eine einkommensabhängige Staffelung. Erstrebenswert ist für uns ein überschaubares, klares Gebührenmodell, das möglichst viel soziale Gerechtigkeit bietet. So könnten wir uns eine Kombination aus Kinderzahl und Einkommenskomponente

vorstellen, die dann für alle Betreuungsformen in Tamm gilt. Hinsichtlich Kosten und Betreuungszeiten sollte dabei eine gewisse Logik auch für die Eltern erkennbar sein.

Wichtig ist uns Sozialdemokraten, dass wir in diesen Veränderungsprozessen alle Beteiligten, sprich Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen ins Boot holen und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg Entscheidungen treffen. Nur dann können solche Prozesse gelingen und von allen Beteiligten als Erfolg erlebt werden.



Politik für Gute Arbeit -

Deutschland braucht Mindestlöhne

Deutschland ist - gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung - so reich wie nie zuvor. Trotzdem arbeiten viele Menschen den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb werden wir Schluss machen mit dem Lohndumping.

Das sind die Fakten:

- ▶ Die Einkommensschere geht weiter auseinander. Während Spitzengehälter zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte.
- ▶ Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen.
- ▶ Lohndumping richtet sich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dumpinglöhne schwächen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die faire Löhne zahlen.
- ▶ Die Tarifbindung nimmt weiter ab. Nur 68% der Beschäftigten in Westdeutschland und 53% in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
- ▶ Armutslöhne gibt es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne liegen zwischen drei und vier Euro.
- ▶ Niedriglöhne sind nicht allein die Folge zu geringer Qualifikationen. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- ▶ Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Großbritannien, die Niederlande, Belgien - die meisten unserer europäischen Nachbarn und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

Auch in Deutschland ist es höchste Zeit: für gerechten Lohn und gute Arbeit, für soziale Sicherheit und Mindestlöhne!